

H. A.—r. Die italienische Offensive hat nicht bloß in Italien, sondern auch bei uns eine Ueberraschung gebracht. In Italien den Streitkräften Cadornas, in Wien und Budapest aber vielleicht am meisten auf dem Effektenmarkte. Denn er hat auf diese überwältigenden Siege mit einer, wenn man diese Wendung so nennen darf, Friedensbaisse geantwortet. Und weil diese Realisierungen mit der Veröffentlichung des Prospekts der Kriegsleihe zusammengefallen sind, deutete man sie auch als patriotischen Akt der Börse. In diesen Aktienverläufen wollte man eine Demonstration zugunsten des Staates, seiner Kreditforderungen, seiner neuen Kriegsleihe sehen.

Insofern der Erlös der in diesen Tagen abgegebenen Aktien wirklich zur Zeichnung der Kriegsleihe verwendet worden ist, trifft das gewiß wenigstens teilweise zu. Und so wäre es für die Erforschung des Effektenmarktes unzweifelhaft wertvoll, wenn man über die Verwendung jener Aktien Erlöse Klarheit gewinnen könnte. So weit die nicht berufsmäßige Spekulation an jenen Abgaben beteiligt war, lassen sie sich unstreitig auch auf die neuen Begünstigungen in der Steuerbehandlung der Kursgewinne zurückführen. Der Kapitalist, der jetzt in die Lage versetzt ist, seine hoch gestiegenen Aktien gegen die neue Kriegsleihe umzuwechseln, ohne den Kursgewinn versteuern zu müssen, wäre ja töricht, wollte er diese gute Gelegenheit nicht benutzen. Und die Verfügung des Finanzministers ist ja auch gerade auf dieser Annahme begründet. Träte das nicht zu so hätte der Fiskus, der doch

nicht so leicht auf die Steuereinkünfte verzichtet, dieses Zugeständnis gewiß nicht gemacht.

Auf dem Scheidewege zwischen Steuerpolitik und Kredit-, Kriegsleihepolitik entschied der Finanzminister sich eben zugunsten der Kriegsleihe, und ganz mit Recht! In Geldsachen, die so klar sprechen, wie die Kriegsleihe mit ihren glänzenden Bedingungen, bedarf es also gar nicht erst noch der Voraussetzung besonderer Wallungen und Regungen des Patriotismus für die Erklärung des Lausches hochgestiegener Aktien gegen die neue Kriegsleihe. Unsere Staatstitres, und unter ihnen wieder ganz besonders die Kriegsleihe, bieten vielmehr eine so überaus günstige Kapitalanlage, daß sie nicht etwa bloß unter Brüdern, sondern auch unter Feinden als beste Anlagewerte erkannt werden müßten.

Der Vorspann, den die Steuerbefreiung jener Kursgewinne für die Zeichnung der Kriegsleihe bringt, wird den Erfolg der neuen Anleihe gewiß nur noch erhöhen. Wäre diese Verfügung unterblieben, dann hätte das Kapital an seiner Furcht vor der Realisierung der Kursgewinne ja auch noch weiterhin festgehalten und all diese Gelder wären der Anleihezeichnung eben deshalb ferngeblieben, während sie ihr jetzt, durch keine Steuerbedenken mehr beirrt, zufließen werden. Hätte die Steuerbefreiung die Kriegsleihe im anderen Falle geschädigt, so wird die nunmehrige Steuerbefreiung als kräftige Unterstützung der Anleihe wirken. Die Kapitalbildung schreitet in Oesterreich übrigens so rasch vorwärts, daß die Kriegsleihe auch sonst, ganz abgesehen von der Einwirkung jener Begünstigung des Aktienverkaufes, mit Sicherheit auf großen Erfolg rechnen könnte. Die Einlagen bei den Banken und Sparkassen nehmen fortwährend zu, die Hypothekenschuldner zahlen ihre Schulden ab und die bisherigen Gläubiger müssen ihr Kapital nun anderweitig zinsbringend anlegen. Da die Einlagen auf Einlagebücher beträchtlich unter vier Prozent und Hypotheken, soweit sie als erstklassig gelten können, nur viereinhalb bis fünf Prozent einbringen, bedarf es auch da wieder gar keines besonderen Patriotismus für die Erwerbung der Kriegsleihe, die bei allergrößter Sicherheit sechseinhalb bis siebenprozent an Zinsen einbringt. Und je höher sich die Steuerforderungen an die Erwerbsunternehmungen steigern werden, umso früher wird das Kapital von der erwerbswirtschaftlichen Betätigung weg in das ebenso sichere wie bequeme und auch steuerbegünstigte Lager der Kriegsleihe abgedrängt werden.

In diesem Sinne bilden sich auch da besondere Beziehungen zwischen der Steuerpolitik und der Kreditpolitik des Staates heraus. Eine der nicht am wenigsten bedeutungsvollen Wirkungen der Kriegswirtschaft, der Forderungen und Verpflichtungen, die sie dem Staate und dem Volke gebracht hat, bildet eben dieses Nebeneinander weitestgehender Steuererhöhung und Vermehrung der Staatsgläubiger, der Rentner. Hat der Krieg dem Staate im Volke Millionen neue Gläubiger, Rentner geschaffen, die es nun vorziehen, ihr Kapital ganz oder teilweise nicht mehr privatwirtschaftlich zu werben, sondern vom Staate verzinsen zu lassen, so setzt andererseits die riesige Höhe der Staatsschuld, also der Zinsenverpflichtung des Staates zur Vergrößerung der steuermäßigen Bedeckung dieser Lasten die kräftigste Entfaltung der privaten Erwerbsunternehmungen geradezu voraus. Mit anderen Worten und kürzer gesagt: Der Staat gewinnt, für seine Steuerpolitik Millionen Rentner neu gewinnen, für seine Steuerpolitik bedarf er aber ebenso dringlich zahlungskräftiger Steuerobjekte. Mit dem Objekte der Kriegsleihe-Zinsen, die steuermäßig ja ohnedies nur bei der Personaleinkommensteuer, aber nicht bei der Rentensteuer aufscheinen, wird ihm ja gewiß nicht viel geholfen sein. Und da Vergrößerung oder Stillstand der Kriegsschuld nicht vom freien Ermessen des Staates, sondern nur vom Kriegsgange abhängt, so muß die Kreditpolitik in der Vermehrung der Kriegsschuld durchaus dem Kriege sich fügen. Während so die Kriegskreditpolitik dem Staate aufgezwungen wird, ist er aber in der Steuerpolitik frei. Hier kann er seinem eigenen Ermessen folgen und dieses Ermessen wird nun schon im eigensten Staatsinteresse unbedingt auf die Erhaltung der Steuerquellen, auf die strenge Verhinderung ihrer Verschüttung gerichtet sein müssen. So kommt man auch auf dem Umwege über die staatliche Kreditpolitik zur Mahnung, mit der Steuerkraft des Volkes keinen Raubbau zu treiben. Wird diese Forderung mißachtet, so zerstört sich der Staat selbst um kurzlebigen Vorteils willen den Nährboden seines Lebensbestandes. Kreditpolitik und Steuerpolitik hängen untrennbar zusammen: schon die Fortdauer der Zinsschuld des Staates müßte dem Steuerträger ein gewisses Maß an Schutz vor den nur mit Augenblitzserfolgen rechnenden Steuerborjschlägen verbürgen.

Die Ereignisse der letzten Woche haben auch dem Eisenbahnwesen Erleichterung und Entlastung von den früheren, so notgedrungenen Einschränkungen des Güterverkehrs gebracht. Für die Eisenindustrie ist das begreiflicherweise von größtem Werte, denn ihre Roh- und Hilfsstoffversorgung wie der Absatz ihrer Erzeugnisse sind ohne den Zivilgüterverkehr geradezu zum Stillstande verurteilt. Deshalb wird das Wiederaufleben des Bahnverkehrs so dankbar begrüßt, um so dankbarer, als der Eisenbedarf ja fortwährend groß ist. Der Eisenmarkt zeigt unverändert feste Tendenz und bei dem anhaltenden Steigen der Gestehungskosten glaubt man schon für Ende November mit einem weiteren Anziehen der Preise rechnen zu müssen. Im Hinblick auf diese Anspannung des Marktes werden die Abschlüsse noch immer so getätigt, daß der Preisstand nur des Ablieferungstages als maßgebend angesehen wird.